

## Susanne Schneider MdL begrüßt Beschluss des Bundestages.

# Schneider: Bewusste Entscheidung beim Thema Organspende treffen.

Susanne Schneider, FDP-Landtagsabgeordnete aus dem Kreis Unna und gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion NRW, begrüßt den Beschluss des Bundestages zur Organspende: „Die Entscheidung für oder gegen eine Organspende muss der Einzelne für sich selbst treffen. Aber ist es richtig, wenn die Bürgerinnen und Bürger nun häufiger auf eine solche Entscheidung angesprochen werden.“ Die FDP NRW hatte bereits 2018 für eine verbindlichere Entscheidungslösung plädiert.

„Bereits seit Jahren habe ich aus Überzeugung stets meinen Organspendeausweis dabei. Mit einem solchen Schritt kann man seinen Teil dazu beitragen, dass schwerkranke Menschen gerettet werden können“, so Susanne Schneider, FDP-Landtagsabgeordnete aus dem Kreis Unna und gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion NRW. „Die Entscheidung muss aber stets der Einzelne für sich selbst treffen. Daher begrüße ich den heutigen Beschluss des Bundestages, die Widerspruchslösung abzulehnen und sich für die Entscheidungslösung auszusprechen.“

„Für eine verbindlichere Entscheidungslösung hatte die FDP NRW bereits im April 2018 plädiert“, verweist Schneider auf einen Beschluss des Landesparteitages. „Bürgerinnen und Bürger sollen bei der Ausgabe von amtlichen Ausweisdokumenten aktiv zu einer Entscheidung aufgefordert werden. Die Entscheidung soll zudem in einem zentralen Register gespeichert werden, damit eine Klärung, ob eine Zustimmung vorliegt, leichter herbeigeführt werden kann.“

„Aber auch die neue Entscheidungslösung sollte man mit weiteren Maßnahmen flankieren. So ist es richtig, dass in vielen Behörden des Kreises Unna mittlerweile Organspende ausweise ausliegen, so wie es die FDP-Kreistagsfraktion in einem Antrag gefordert hat. Eine zentrale Rolle bei der Identifizierung möglicher Organspender haben zudem auch die Krankenhäuser. Daher war es richtig, dass die Stellung der Transplantationsbeauftragten deutlich gestärkt wurde, dafür hatte sich auch die NRW-Koalition aus Union und FDP ausgesprochen“, so Schneider abschließend.